Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile

Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband

Band: 46 (1999)

Heft: 7-8

Artikel: Private Schutzräume : Baupflicht aufheben? = Supprimer l'obligation de construire des abris privés?

Autor: Münger, Hans Jürg

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-369174

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Motion Berberat

Private Schutzräume: Baupflicht aufheben?

JM. Der Bundesrat hat am 12. Mai 1999 zur folgenden Motion von Nationalrat Didier Berberat (SP, NE) Stellung genommen:

Wortlaut der Motion vom 19. März 1999

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Änderung der Zivilschutzgesetzgebung vorzulegen, mit der die Pflicht zum Bau privater Schutzräume aufgehoben wird.

Mitunterzeichnende
Aeppli Wartmann, Banga, Béguelin, Borel, Burgener, Carobbio, Cavalli, Chiffelle, de Dardel, Dupraz, Epiney, Fankhauser, Fässler, Fehr Jacqueline, Goll, Grobet, Gross Andreas, Gross Jost, Günter, Herczog, Jans, Jaquet-Berger, Jeanprêtre, Jutzet, Keller Christine, Marti Werner, Müller-Hemmi, Ostermann, Rennwald, Roth-Bernasconi, Ruffy, Simon, Spielmann, Strahm, Stump, Thanei, Vermot, Vogel, Weber Agnes, Widmer, Ziegler (41).

Begründung
Die Bundesgesetzgebung, namentlich das Bundesgesetz über die baulichen Massnahmen im Zivilschutz (Schutzbautengesetz) und die dazugehörige Verordnung, verpflichtet die Hauseigentümer, in Bauten private Schutzräume zu erstellen oder, falls sie davon befreit sind, einen Ersatzbeitrag zu leisten.
Diese Verpflichtung lässt sich heute aus den folgenden Gründen nicht mehr rechtfertigen:
- Zuallererst ist zu sagen, dass der Erstellung von Schutzräumen eine Konzeption zugrunde liegt, die überholt ist, da sie auf den Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg beruht. Die Zerstörungskraft der modernen Massenvernichtungsmittel ist nämlich so gross, dass die Schutzräume nicht mehr genügenden Schutz bieten. Die neuen Lenkwaffen können Platten von mehreren Metern Dicke durchschlagen (siehe Golfkrieg), und die Schutzraumfilter vermögen die modernen Kampfgase nicht abzuhalten.Es stimmt zwar, dass bei radioaktiver Verstrahlung die Gamma-Strahlen von den Betonmauern zurückgehalten werden. Wer jedoch den Schutzraum verlässt, wird mit den viel gefährlicheren Alpha-Strahlen kontaminiert, da diese viel länger in der Luft bleiben. Es ist in der Tat nicht möglich, sich unbegrenzt in einem Schutzraum aufzuhalten.
- Soll vermieden werden, dass verseuchte Luft oder radioaktiver Staub eindringt, ist im Schutzraum ein Überdruck zu erzeugen. Meistens werden jedoch die Schutzräume für andere Zwecke verwendet als für denjenigen, für den sie erstellt worden sind. So dienen sie vielfach zur Lagerung von Wein – von ausgezeichnetem zuweilen –, von Vorräten oder andern Waren. Dies bedeutet, dass die Reaktionszeit im Stör- oder Angriffsfall viel zu lang ist, als dass der Schutz wirksam sein könnte.
- Schliesslich stehen die zusätzlichen Kosten für die Erstellung privater Schutzräume – sie können bis zu 5 Prozent der gesamten Baukosten ausmachen – in keinem Verhältnis zum Schutz, den solche Räume bieten. Es erstaunt darum nicht, dass sich viele Kreise – Eigentümer und Mieter – völlig zu Recht darüber beklagen, dass die Baukosten in der Schweiz viel zu hoch sind. Die Pflicht zur Erstellung eines Schutzraumes, des teuersten Raums eines Hauses, ist darum aufzuheben.

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hatte in den letzten Jahren und Monaten verschiedentlich Gelegenheit, sich gegenüber den eidgenössischen Räten eingehend zur Frage des baulichen Zivilschutzes im allgemeinen und zum Schutzraumbau im besonderen zu äussern, namentlich:
- in seiner Stellungnahme vom 16. September 1996 zur Motion 96.3298 Baumberger «Verzicht auf überzählige Schutzräume», welche vom Ständerat am 13. März 1997 als Postulat beider Räte überwiesen wurde;
- in seiner Antwort vom 9. September 1998 auf die Einfache Anfrage Leumann 98.1119 «Überprüfung der Schutzbautenverordnung»;
- in seiner Stellungnahme vom 18. November 1998 zur Motion Weber Agnes 98.3386 «Abschaffung der Pflicht zum Bau von zivilen Schutzräumen», welche vom Nationalrat am 18. Dezember 1998 als Postulat überwiesen wurde; dabei ist zu berücksichtigen, dass sich diese Motion inhaltlich weitgehend mit der neu zur Diskussion stehenden Motion Berberat deckt.

In seinen Ausführungen hat der Bundesrat einerseits dargelegt, dass die Erstellung von neuen Schutzräumen, die im Durchschnitt weniger als 2 Prozent der gesamten Baukosten ausmacht, auf das Notwendige beschränkt wird (Schliessung von örtlich noch vorhandenen Lücken). Anderseits hat er sich bereit erklärt, die Regelung des Pflichtschutzraumbaus im Rahmen des laufenden Projektes «Bevölkerungsschutz» in grundsätzlicher Hinsicht zu überprüfen. Dagegen vertritt er nach wie vor die Meinung, dass eine vorgezogene Revision der geltenden Schutzbautengesetzgebung (SR 520.2, SR 520.21 und SR 520.23) weder erforderlich noch zweckmässig ist.
Zu den Ausführungen des Motionäres betreffend die Wirkung der Schutzräume ist folgendes festzuhalten:
Übereinstimmende wissenschaftliche Untersuchungen wie auch Erfahrungen aus bewaffneten Konflikten (z.B. Golf- und Balkankriege) zeigen, dass die Schutzräume schweizerischer Art zwar keinen absoluten, jedoch einen hohen Schutz bei Nahtreffern von konventionellen Waffen bieten. Dabei ist dem Umstand Rechnung zu tragen, dass die rund 250 000 über die ganze Schweiz verteilten Schutzräume mit einem durchschnittlichen Fassungsvermögen von 30 Schutzplätzen dem Risiko punktueller Waffeneinsätze kaum ausgesetzt sind. Die mit Panzertüren und Gasfiltern ausgerüsteten Schutzräume erweisen sich vor allem auch gegenüber Erschütterungen. Hitzewellen und radioaktiver Strahlung sowie gegenüber allen heute bekannten chemischen und biologischen Kampfstoffen als sehr wirksam. Dies ist nicht zuletzt auch mit Blick auf die von der Studienkommission für strategische Fragen (Bericht Brunner vom 26. Februar 1998) geortete latente Raketenbedrohung von Bedeutung.
Obschon die Schutzräume in erster Linie auf machtpolitisch bedingte Gefährdungen mit entsprechenden Vorwarnzeiten ausgerichtet sind, können diese neben der Nutzung im Alltag (als Keller, Lagerräume, Einstellhallen usw.) bei natur- und zvilisationsbedingten Schadenereignissen und in anderen Notlagen als sichere Zufluchtsorte oder Notunterkünfte eingesetzt werden, so zum Beispiel im Falle erhöhter Radioaktivität sowie nach Erdbeben, Lawinenniedergängen und Grossbränden (z. B. kürzlich in Vevey). Dazu kommt, dass die verfassungsmässig abgestützte und gesetzlich verankerte Pflicht zu einer gesamtschweizerisch ausgewogenen Schutzinfrastruktur nicht auf kurzfristige Entwicklungen ausgerichtet werden darf, sondern nur aufgrund eines längerfristig angelegten Konzeptes realisiert bzw. aufrechterhalten werden kann.

Erklärung des Bundesrates

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Motion Berberat

Supprimer l'obligation de construire des abris privés?

JM. Le Conseil fédéral a pris position le 12 mai 1999 sur la motion suivante de Didier Berberat, conseiller national (PS, NE):

Texte de la motion du 19 mars 1999

Le Conseil fédéral est chargé de soumettre au Parlement une modification de la législation concernant la protection civile de manière à ce que l'obligation de construction d'abris privés soit supprimée.

Cosignataires
Aeppli Wartmann, Banga, Béguelin, Borel, Burgener, Carobbio, Cavalli, Chiffelle, de Dardel, Dupraz, Epiney, Fankhauser, Fässler, Fehr Jacqueline, Goll, Grobet, Gross Andreas, Gross Jost, Günter, Herczog, Jans, Jaquet-Berger, Jeanprêtre, Jutzet, Keller Christine, Marti Werner, Müller-Hemmi, Ostermann, Rennwald, Roth-Bernasconi, Ruffy, Simon, Spielmann, Strahm, Stump, Thanei, Vermot, Vogel, Weber Agnes, Widmer, Ziegler (41).

Développement
La législation fédérale, notamment la loi sur les constructions de protection civile (loi sur les abris) et son ordonnance, oblige les propriétaires d'immeubles à équiper ceux-ci d'abris privés ou à payer une taxe compensatoire en cas de non-construction. Cette obligation n'a plus de raison d'être pour les raisons suivantes:

- En premier lieu, les abris sont basés sur une conception dépassée datant des expériences faites durant la Seconde Guerre mondiale. En effet, les armes modernes de destruction massive sont d'une telle puissance que cette protection est devenue insuffisante, puisque les nouveaux types de missiles peuvent traverser des dalles épaisses de plusieurs mètres (voir guerre du Golfe) et que les gaz de combat modernes passent à travers les filtres des abris.
  En cas de radioactivité, il est vrai que les rayons gamma sont retenus par les murs de béton. Cependant, les rayons alpha, qui sont bien plus dangereux, restent dans l'atmosphère beaucoup plus longtemps et contaminent les occupants de l'abri au moment où ils sortent de celui-ci, dans la mesure où il n'est pas possible de rester indéfiniment dans un abri.
- En tout état de cause, il est nécessaire de créer une surpression dans l'abri afin d'éviter que l'air contaminé ou les poussières radioactives n'y pénètrent. Or, dans la plupart des cas, les abris privés sont utilisés à d'autres fins que celle pour laquelle ils ont été créés, par exemple pour y stocker du vin, parfois de l'excellent, des victuailles ou d'autres objets. Cela signifie que le délai de réaction en cas d'accident ou d'attaque est beaucoup trop long pour que l'abri soit réellement efficace.
- Enfin, vu le peu d'efficacité de ce genre de construction, le surcoût occasionné par les abris privés – qui peut aller jusqu'à 5% du coût global de la construction – apparaît comme disproportionné. En effet, beaucoup de milieux, qu'il s'agisse des propriétaires ou des locataires se plaignent, à juste titre, que les coûts de construction en Suisse sont trop élevés. L'obligation de construire un abri, qui est la pièce la plus chère de la maison, doit donc être supprimée.

Avis du Conseil fédéral

Ces dernières années, le Conseil fédéral a eu à plusieurs reprises l'occasion de donner aux Chambres fédérales son avis sur les questions relatives aux mesures de construction en matière de protection civile et en particulier sur les abris, notamment:

- dans l'avis donné le 16 septembre 1996 en réponse à la motion Baumberger (96.3298) «Abris de protection civile superflus» qui a été transformée en postulat par le Conseil des Etats le 13 mars 1997;
- dans sa réponse du 9 septembre 1998 à la question ordinaire Leumann (98.1119) «Vérification de l'ordonnance sur les abris»;
- dans l'avis donné le 18 novembre 1998 à la motion Weber Agnes (98.3386) «Protection civile. Supprimer l'obligation de construire des abris», qui a été transformée en postulat par le Conseil national le 18 décembre 1998; il est à noter que le contenu de cette motion recoupe largement celui de la motion Berberat.

A ces différentes occasions, le Conseil fédéral a expliqué que la réalisation de nouveaux abris était limitée à l'essentiel, c'est-à-dire qu'il ne s'agissait plus que de combler les lacunes locales en matière de couverture du besoin en places protégées. Il a aussi rappelé que le coût de la réalisation d'un abri représentait en moyenne moins de deux pour cent de l'ensemble des frais de construction d'un bâtiment. Le Conseil fédéral s'est par ailleurs déclaré prêt à revoir en profondeur la réglementation en matière de construction d'abris obligatoires dans le cadre du projet «Protection de la population» actuellement en cours. Il considère en revanche, comme par le passé, qu'une révision anticipée de la législation en vigueur en matière de constructions de protection (RS 520.2, RS 520.21 et RS 520.23) n'est ni nécessaire ni judicieuse.

En ce qui concerne l'argumentation du motionnaire relative à la prétendue faible efficacité des abris, il convient de préciser ce qui suit:

Tant les recherches scientifiques que les expériences faites lors de conflits armés récents (p. ex. lors de la guerre du Golfe ou de la guerre dans les Balkans) montrent que si les abris réalisés en fonction des normes suisses ne permettent pas d'assurer une protection absolue, ils constituent néanmoins un moyen de protection très efficace contre les effets collatéraux des armes classiques. A cela s'ajoute le fait que les quelque 250000 abris, d'une capacité moyenne de 30 places protégées, de par leur dissémination sur l'ensemble du territoire national, ne sauraient guère faire l'objet d'attaques directes. Les abris qui sont équipés de portes blindées et de filtres à gaz offrent une protection étendue contre les secousses, le rayonnement thermique et ionisant consécutif à une explosion atomique ainsi que contre tous les toxiques chimiques de combat et toutes les armes biologiques connus à ce jour. Cette protection est notamment importante face à la menace latente liée aux missiles qui a été mise en évidence par la Commission d'étude sur les questions stratégiques dans son rapport du 26 février 1998 (rapport Brunner).

Bien que les abris soient conçus en premier lieu pour répondre aux menaces de nature politico-militaire, impliquant un certain temps de préparation, ils permettent aussi de protéger la population lors de catastrophes d'origine naturelle ou technique et dans d'autres situations d'urgence, par exemple en cas d'augmentation de la radioactivité, après un tremblement de terre, une avalanche ou un incendie de grande ampleur (comme récemment à Vevey). En outre, il convient de tenir compte de l'utilisation que l'on peut en faire en temps normal (comme caves, entrepôts, garages, etc.). Enfin, l'obligation de doter la Suisse d'une infrastructure de protection efficace – découlant de la constitution et fixée dans la législation – ne saurait être remplie si l'on ne prend en compte que l'évolution de la situation à court terme: elle implique au contraire un effort durable.

Déclaration du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat.